



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/285 - 16.12.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Status quo-Regelung versteinert die Spaltung Deutschlands

Von Erich Ollenhauer, Vorsitzender der SPD.

Auszug aus einem Artikel des Oppositionsführers in der französischen Zeitung "Observateur".

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die aus Tradition und Überzeugung für die europäische Zusammenarbeit und die internationale Verständigung eintritt, ist durch die internationale Entwicklung in den letzten Monaten aufs äußerste beunruhigt. Sie sieht in dieser Entwicklung die Gefahr, dass die Spaltung Deutschlands zur Grundlage von internationalen Regelungen gemacht und damit diese Spaltung versteinert wird. Unsere Besorgnisse stützen sich auf eine ganze Reihe von Anzeichen. Ich denke da unter anderem an die Rede des französischen Ministerpräsidenten Mendès-France vor den Vereinten Nationen sowie an Äußerungen der Londoner "Times" und des Pariser "Le Monde", die beide als Sprachrohr sehr einflussreicher Kreise ihrer Länder zu werten sind. Diesen und anderen Erklärungen liegt folgender Kern zugrunde:

1) Entgegen der Notwendigkeit, die Probleme der deutschen Wiedervereinigung und der europäischen Sicherheit als eine politisch und logisch zusammengehörende Frage zu behandeln, wird das Problem der europäischen Sicherheit in den Vordergrund gerückt und die Frage der Wiedervereinigung zu einem nachgeordneten Punkt der internationalen Tagesordnung gemacht.

2) In wechselseitiger Zuschiebung der Verantwortung und damit in beiderseitiger Verantwortung gehen der Westen und der Osten immer mehr dazu über, den Teil Deutschlands, über den sie die Besatzungsgewalt haben und praktisch behalten, in ihren Macht- und Militärblock einzugliedern.

Verantwortung auf allen Seiten

Die Verantwortung für diese Entwicklung, die unter keinen Umständen zur Entspannung der internationalen Lage beitragen kann, sondern zu ihrer Verschärfung führen muß, liegt auf mehreren Schultern. Verantwortlich ist der Westen, der trotz seiner grundsätzlichen Bereitschaft zur Wiedervereinigung Deutschlands diese Bereitschaft bis heute nicht aus der Theorie des Notenwechsels in die Praxis der konkreten Verhandlungsführung übertragen hat. Die Berliner Konferenz im Jahre 1954 kann nicht als Gegenargument vorgebracht werden, weil es dort zu keiner Stunde zu wirklichen und ernsthaften Verhandlungen über die beiderseitigen Lösungsvorschläge gekommen ist. Die Londoner und Pariser Konferenzen unterstreichen diese Feststellung der Sozialdemokratischen Partei über den Anteil der Verantwortlichkeit des Westens, denn weder bei der einen noch bei der anderen Gelegenheit hat der Westen seine Wiedervereinigungsbereitschaft zu einem konkreten Aktionsprogramm entwickelt. Die Pariser Militärverträge müssen darüber hinaus sogar als Hemmnisse für eine echte Verhandlungschance über die Wiedervereinigungs-Lösung gewertet werden.

Der Osten ist verantwortlich, weil er in der entscheidenden Frage

der freien Wahlen doktrinär und unbeweglich war und ist. Das Resultat dieser Verhandlungstaktik auf beiden Seiten ist die schon oben geschilderte Gefahr einer Versteinerung der Spaltung Deutschlands. Sie ist durch die letzte Ostblockkonferenz in Moskau unterstrichen worden, denn dort hat die Sowjetunion als Antwort auf die Pariser Verträge die militärisch Eingliederung der Sowjetzone in ihren Machtblock beschlossen.

Es gibt auch eine Verantwortung der deutschen Bundesregierung, weil sie entgegen allen einstimmigen Beschlüssen des Bundestages, die sie zu einer aktiven Politik der Wiedervereinigung verpflichten, einseitig auf die amerikanische Karte gesetzt hat und die Eingliederung Westdeutschlands in die westliche Union als ihr wichtigstes Ziel ansieht und behandelt. Die fehlende Aktivität der Bundesregierung hat entscheidend zu der internationalen Entwicklung zur Beibehaltung des Status quo der deutschen Spaltung beigetragen, der wir uns heute gegenübersehen.

Keine Koexistenz bei gespaltenem Deutschland!

Die Sozialdemokratische Partei unterstützt eine Politik des friedlichen Nebeneinanderlebens von Staaten mit verschiedenen inneren Regierungssystemen. Eine solche Politik ist aber nur möglich auf der Grundlage der grundsätzlichen und unabdingbaren Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes jedes Volkes, also auch des deutschen in seiner Gesamtheit. Eine Koexistenz auf der Basis des gespaltenen deutschen Volks- und Staatskörpers ist schon als Zwischenlösung eine latente und große Gefahr für die Verständigung der Völker und für den Frieden in der Welt. Als Dauerlösung müßte eine solche Koexistenz ständig den Keim zu Konflikten in sich tragen.

Eine nach den Vorstellungen der Sozialdemokratie in Verhandlungen herbeigeführte und von allen Seiten vertretbare Lösung des deutschen Problems in der Form der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ist keine Neutralisierung. Die Forderung der Sozialdemokratischen Partei nach der Wiedervereinigung Deutschlands ist verbunden mit ihrer Forderung nach der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems im Rahmen der Vereinten Nationen. Diesem Sicherheitssystem soll das wiedervereinigte Deutschland als gleichberechtigter und gleichverpflichteter Partner so eingegliedert werden, dass in dieser Regelung weder der Westen noch der Osten eine Gefahr für sich sehen und befürchten müssen.

Das Problem der deutschen Ostgebiete wird in einem mit dem wiedervereinigten Deutschland auf Partnerbasis auszuhandelnden Friedensvertrag wie jede andere Grenzfrage in Ost und West geklärt werden müssen.

Pankows vergebliche Fälschertricks

EZ - Berlin

Nichts zeigt die Situation in der Sowjetzone nach den Moskauer Beschlüssen deutlicher als die Tatsache, dass SED und Pankower Regierung geradezu über Nacht eine neue Kampagne starten mußten, um jene offen zu Tage tretenden Tendenzen abzufangen, die sich gegen jede verstärkte Remilitarisierung Mitteldeutschlands und seine Eingliederung in den militärischen Ostblock wenden. Es ist ein psychologischer Krieg, der seit einigen Tagen in der Sowjetzone entbrannt ist.

Nach Abschluß der Moskauer Konferenz glaubte die SED, durch Kurzversammlungen in den Betrieben die Moskauer Beschlüsse popularisieren zu können, erlebte aber eine grimmige Enttäuschung, als die Arbeiter in der Erkenntnis der Gefährlichkeit des neuen politischen Weges in der Diskussion die Verteidiger der SED-Thesen fast nicht mehr zu Worte kommen ließen. Nicht etwa, weil sie für die Pariser Verträge und für die Bewaffnung der Bundesrepublik sind; das Hauptargument war überall der Hinweis, dass Deutsche niemals auf Deutsche schießen dürften.

Kennzeichnend für diese allgemeine Reaktion der Zonenbevölkerung ist die Ablehnung jeder Politik mit militärischen Mitteln. In einem volkseigenen Großbetrieb erklärte ein Arbeiter, der selbst Mitglied der SED ist, unter dem Beifall der gesamten Versammlung, er werde sich immer weigern, auf seinen westdeutschen Bruder zu schießen, aber er sei sofort und jederzeit bereit, seine eigene beschränkte Wohnung mit drei westdeutschen Brüdern zu teilen, die sich durch die Flucht der Einberufung zum bundesrepublikanischen Wehrdienst entziehen wollten.

Ähnlich wie nach dem 17. Juni, als die SED-Regierung nach der brutalen Niederschlagung des Volksaufstandes einer geschlossenen Mauer der Empörung über ihr Vorgehen gegenüberstand, so werden auch jetzt in aller Eile die höchsten Partei- und Staatsfunktionäre in die Großbetriebe der Zone entsandt, um hier selbst in der SED die offene Kritik durch geschickte Propaganda-Reden zurückzudämpfen. Vom ZK wurde an die Zonenpresse die Anweisung gegeben, gerade jetzt der Bevölkerung den Unterschied zwischen den "gerechten" und "ungerechten Kriegen" einzuhämmern. Der Ablehnung des Bruderkrieges durch die Masse der Arbeiterschaft soll

durch Hirweise begegnet werden, dass in der deutschen Geschichte "Bruderkriege" keine Seltenheit gewesen sind. Der neuernannte Minister für Volksbildung, Fritz Lange, aber hat in einer Direktive an die Schulen angeordnet, dass der bisher immer wieder feststellbare Geist des "Pazifismus" nun endlich durch eine patriotische Erziehung der Schulkinder abgelöst werden muß.

Wie wenig man sich selbst in Pankow von dieser Art von psychologischen Kriegsführung verspricht, zeigt die Tatsache, dass jetzt in verstärktem Maße die Sozialdemokratische Partei vor den Pankower Schlitzen gespannt werden soll. Unter Verfälschung der wahren SPD-Argumente, wurden vom Zentralorgan der SED am 14. Dezember die von den Führungsgremien der SPD am vergangenen Wochenende gefassten Beschlüsse so herausgestellt, als ob der erste Schritt zur lange gewünschten "Aktionseinheit" mit Pankow getan sei. Das Vertrauen der breiten Volksmasse der Zone zur SPD soll hier auf raffinierte Weise ausgenutzt werden, um die Zonenbevölkerung irrezuführen und den Widerstand der Zonenarbeiter gegen die Moskauer Beschlüsse zu lähmen. Die Zustimmung weitester Kreise der westdeutschen Bevölkerung zur Politik der SPD, die erst wieder in den Landtagswahlen zum Ausdruck kam, die Ablehnung der Pariser Verträge wegen der damit verbundenen Blockierung der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit wird von den Pankower Propagandaköcheln zu einer Billigung der SED-Politik verfälscht.

Die in Ostberlin erscheinende sowjetamtliche "Tägliche Rundschau" enthält sich vorläufig noch dieses Falschspielertricks in der Ausdeutung der letzten Bonner SPD-Beschlüsse. Ihr klingt wahrscheinlich noch die deutliche Erklärung Erich Gillehauers in Berlin in den Ohren, dass die SPD und mit ihr die westdeutsche Arbeiterschaft niemals gemeinsame Sache mit dem Kommunismus machen werden, und dass der SED in Pankow nur noch die eine historische Aufgabe bleibe, in freien gesamtdeutschen Wahlen ihre eigene Liquidation bestätigen zu lassen.

Dem Krenl dürfte die Ablehnung des neuen Militärkurses der SED durch die breite Masse nicht verborgen bleiben, ebensowenig die "Einheit der Arbeiterklasse", die in West- und Mitteldeutschland in der Ablehnung der Pariser und Moskauer militärischen Experimente besteht.

Bitterböse CSU

sp - Die CSU ist bitterböse. Sie hat nicht etwa nur - was ihr gutes Recht und parlamentarisch selbstverständlich wäre - die Übernahme der Opposition durch sie in Bayern angekündigt, sondern mit wütenden Ausfällen eine "Volksbewegung gegen die sozialistische Herrschaft in Bayern" angekündigt. Es stört sie dabei nicht, dass die Sozialdemokratische Partei in der bayerischen Regierung gegenüber der Gesamtheit der anderen Parteien klar in der Minderheit ist.

Die CSU hat eine parteiamtliche Verlautbarung über einen angeblichen Verrat des Wählerwillens in Bayern herausgegeben und die besonders hübsche Bemerkung gemacht, das Ansehen Bayerns sei aufs Schwerste geschädigt worden - offenbar dadurch also, dass die CSU an ihrer eigenen Maßlosigkeit und Arroganz bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung gescheitert ist. Das ist eine wahrhaft noble Art, mit einer selbstverschuldeten Niederlage fertig zu werden. Offenbar hat auch der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Prälat Meixner, dies peinlich empfunden so dass er den schlechten Eindruck durch freundliche Weihnachts- und Neujahresglückwünsche an die ihm gewiss nicht sympathische neue Regierung auszusprechen versuchte.

* * *

Den rheinischen Separatismus vergessen ?

sp - Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung zu den Pariser Verträgen ein recht anschauliches Bild von den stürmischen Verhältnissen gegeben, denen die Weimarer Republik nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches ausgesetzt war. Unruhen, Revolutions- und Putschversuche stellten zeitweilig die Existenz Deutschlands und seine staatliche Einheit in Frage. Wir zitieren den Kanzler:

"Der Kapp-Putsch folgte der kommunistische Aufstand im Ruhrgebiet. Den Unruhen in Oberschlesien schlossen sich kommunistische Aufstände in Mitteldeutschland und in Hamburg an. Erzberger und Rathenau wurden ermordet. Die Besetzung des Ruhrgebietes rief den Ruhrkampf hervor. Die Lage wurde oft so unhaltbar, dass der Ausnahmezustand ausgerufen werden mußte. Zwischen dem Reich und den Ländern entstanden schwere Konflikte. Verschiedentlich war die Reichsregierung gezwungen, die Reichswehr einzusetzen. So mußte sie im Freistaat Sachsen einmarschieren. Blutige Straßenkämpfe waren an der

Tagesordnung. Nach dem Hitlerputsch in München wurde die vollziehende Gewalt infolge dieses und anderer revolutionärer Ereignisse von Reichspräsident Ebert dem Chef der Heeresleitung übertragen."

Eine beträchtliche Lücke weist dieser Rückblick in die Geschichte auf. Den gefährlichsten Anschlag gegen die Einheit Deutschlands hat der Kanzler nicht erwähnt. Starke separatistische Kräfte arbeiteten damals unterstützt von der französischen Besatzungsmacht, an der Gründung eines rheinischen Staatswesens, dessen beherrschend katholischer Charakter von vornherein feststand und dessen Hauptstadt Köln, das "deutsche Rom" sein sollte. Der damalige französische Oberkommissar für das Rheinland, Pirard, wünschte sich einen Rheinstaat, dessen staatsrechtliches Verhältnis zum Reich sich mit der Stellung Irlands oder Australiens zu England etwa vergleichen lassen sollte.

Unter dem Druck der rheinischen Separatisten wurden sogar einige Reichsminister, wie Jarres und Brauns, schwankend; der staatsmännischen Einsicht und der Vaterlandsliebe des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert gelang es schließlich, den Abfall des Rheinlandes und seine Verwandlung in eine französische Provinz zu verhindern.

Sicherlich ist dieser dramatische Kampf um das Rheinland dem Bundeskanzler auch noch in Erinnerung geblieben. Er hat leider vergessen, im Bundestag zu sagen, dass auch schon zu jener Zeit die Politik der Sozialdemokratie unter dem alles bestimmenden Gebot der Erhaltung der staatlichen Einheit Deutschlands bestand. Damals war diesem Kampf Erfolg beschieden. Heute muß er wieder ausgefochten werden. Es gibt einen freilich entscheidenden Unterschied: Damals galt der Kampf den deutschen Separatisten, heute gilt er den europäischen Separatisten, damals ging es um das Rheinland, heute aber um Mitteldeutschland. Die Kräfte und Strömungen, die durch ihre Politik die Gefahr einer dauernden Abtrennung eines Drittels Deutschlands herbeiführen, sind allerdings mächtiger als es der Ansturm des rheinischen Separatismus war.

Verantwortlich: Peter Rahnau